

Stadt Heidelberg

AntragNr.:
0 0 4 3 / 2 0 2 2 / A N

Antragsteller: CDU, HD'er, FDP
Antragsdatum: 15.03.2022

Federführung:
Dezernat IV, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:

Betreff:

**Kurzdebatte zum Thema:
Ukraine-Soforthilfen**

Antrag

Beschluslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 29. März 2022

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	17.03.2022	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates nach § 37a Gemeindeordnung vom 17.03.2022

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 17.03.2022

11 Kurzdebatte zum Thema: Ukraine-Soforthilfe Antrag 0043/2022/AN

Stadtrat Dr. Gradel begründet für CDU, die Heidelberger und FDP den Antrag auf Kurzdebatte. Es gebe eine große Verunsicherung in der Bevölkerung darüber, welche Hilfsstrukturen bestünden und an welchen Stellen Hilfe notwendig sei. Er dankt dem Oberbürgermeister für sein großes Engagement und schnelles Eingreifen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner fasst die aktuelle Lage folgendermaßen zusammen. Im Augenblick seien rund drei Millionen Menschen in Europa auf der Flucht. Man erwarte eine größere Flüchtlingswelle als 2015/2016. Die Verteilung solle nach dem Königsberger Schlüssel erfolgen, was sich allerdings nicht leicht umsetzen lasse, da die Flüchtenden oftmals auf eigene Faust weiterreisten aufgrund der bestehenden Freizügigkeit.

In Baden-Württemberg seien alle Landeserstaufnahme-Einrichtungen hochgefahren worden. Heidelberg habe seine Kapazität um 1000 auf insgesamt 2.800 erhöht. Etwa 200 bis 500 Menschen kämen derzeit täglich im Ankunftszentrum auf Patrick-Henry-Village (PHV) an. Menschen aus der Ukraine machten mittlerweile 50 Prozent der Geflüchteten aus. Die Stadtverwaltung bereite sich darauf vor, auch Sporthallen und Hotels für Flüchtende bereitzustellen, auch wenn dadurch möglicherweise der Sportunterricht für unsere Kinder eingeschränkt werden müsse. In der Stadtverwaltung selbst sei mittlerweile eine Stabstelle bei Bürgermeisterin Jansen eingerichtet worden, es gebe eine Task Force und bereits jetzt seien Mitarbeitende aus vielen verschiedenen Ämtern in das Thema involviert.

Die Hilfsbereitschaft innerhalb der Bevölkerung sei einzigartig. Das Rote Kreuz sei unermüdlich im Einsatz und es sei schwierig, Feldbetten oder bestimmte Hygieneartikel noch zu bekommen.

Die Stadtverwaltung sei gut vorbereitet. Man behandle das Thema prioritär, weshalb andere Dinge derzeit durchaus länger brauchen würden. Dafür bitte er um Verständnis.

Bürgermeisterin Jansen weist ihrerseits darauf hin, dass die unkontrollierbaren Ankunftswege der Flüchtenden die Vorbereitung innerhalb der Verwaltung erschwerten. Am dringendsten sei der Bedarf an Wohnungen.

Bürgermeister Erichson ergänzt, dass die Registrierung der Geflüchteten große Priorität habe. Diese sei wichtig, um Sozialleistungen und Krankenscheine in Anspruch nehmen zu können. Entsprechend hoch sei gerade die Auslastung der Ausländerbehörde.

Eine Besonderheit stellten die mitgebrachten Haustiere dar. Der Tierschutzverein arbeite derzeit gemeinsam mit dem Veterinäramt an Lösungen.

Die Zusammenarbeit des Kommunalen Ordnungsdienstes mit der Bahnpolizei sei verstärkt worden, denn es zeige sich, dass beispielsweise Billigarbeitnehmer-Firmen versuchen würden, Flüchtende aus Zügen abzupassen. Auch Menschenhandel oder Prostitution benennt er als Thema.

Eine weitere Besonderheit stelle die Gruppe der russischen Studierenden dar, die sich gegen Putin positionierten. Ihnen sei die Heimreise verwehrt und Stipendien würden ihnen gekündigt. Gemeinsam mit der Universität suche man hier nach Lösungen.

Auch im Kulturbereich gebe es Überlegungen für Stipendien für Künstlerinnen und Künstler. Das Theater habe hier bereits eine Rolle übernommen.

Es würden aus allen Bereichen der Stadtverwaltung momentan Mitarbeitende abgezogen, um für Entlastung der Ämter zu sorgen, die gerade besonders gefordert seien.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner kündigt eine Vorlage für den Haupt- und Finanzausschuss an, in der es um die nötigen finanziellen Mittel gehen werde, die zur Bewältigung dieser großen Herausforderungen nötig seien.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Stadträtinnen Dr. Röper, Heldner, Illgner und Stolz sowie die Stadträte Michalski, Kutsch, Dr. Lutzmann, Geschinski, Zieger, Dr. Weiler-Lorentz, Fehser sowie Karaaslan.

Folgende Argumente, Aussagen und Fragen werden angesprochen.

- Dank an die Belegschaft der Stadtverwaltung für die große Einsatzbereitschaft und das lösungsorientierte Arbeiten.
- Finanzielle Unterstützung der Verwaltung sichere man zu.
- Dank für die umfassenden Informationen der Verwaltung.
- Geldspenden und Wohnraum seien die wichtigsten Hilfen.
- Sei der Verwaltung eine Zahl an privat angereisten Geflüchteten bekannt?
- Die Solidarität in Heidelberg sei großartig.
- Was könne für Kinder und Jugendliche getan werden?

- Den Ehrenamtlichen gebühre großer Dank.
- Ehrenamtliche der Heidelberger Vereine stünden zur Hilfe bereit.
- Die Altersstruktur der Geflüchteten mit vielen über 60Jährigen stelle eine besondere Herausforderung dar.
- Es bestehe Klärungsbedarf für die längerfristige Unterbringung privat Angereister, denen keine Wohnung über den Verteilerschlüssel zugewiesen werde.
- Die Geflüchteten aus der Ukraine würden sich grundsätzlich von den Geflüchteten von 2015 unterscheiden. Die Rückkehr in die Ukraine stehe für sie an erster Stelle.
- Lösungen für Haustiere seien wichtig.
- Seien die dezentralen Unterkünfte für Geflüchtete mittlerweile vollständig belegt?
- Gebe es Kooperationen mit Nachbargemeinden bezüglich der Verteilung von Geflüchteten?
- Man wünsche sich eine Aufstellung der Hilfsmöglichkeiten zur Orientierung der Bevölkerung.
- Die Sanktionsmöglichkeiten gegen Russland seien ein gutes Mittel, das eingesetzt und ausgeweitet werden könne; Stichwort Geschwindigkeitsbeschränkung im Verkehr oder Verhaltensänderung Einzelner beim Energieverbrauch.
- Die riesige Hilfsbereitschaft der verschiedensten Akteurinnen und Akteure in der Stadt, die zu großen Hilfsgüter-Lieferungen geführt haben, sei besonders erwähnenswert.
- Wie stehe es um die Aufnahme ukrainischer Kinder in Betreuungseinrichtungen?
- Man wünsche sich noch mehr Informationen auf der städtischen Internetseite, zum Beispiel zu der Frage, wer die Miete übernehme, wenn eine Wohnung zur Verfügung gestellt wird oder wie jemand seinen Lebensunterhalt bestreiten könne.
- Der Shuttlebusse nach PHV solle mit Ankunft der letzten Züge am Abend noch fahren.
- Dezentrale Registrierungsmöglichkeiten seien wünschenswert.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner, Bürgermeisterin Jansen und Bürgermeister Erichson nehmen wie folgt Stellung.

- Impfungen insgesamt seien ein wichtiges Thema. Wer nicht in PHV untergebracht sei, bekomme kein allgemeines Angebot zu den notwendigen Impfungen.
- Die Registrierung sei unbedingt notwendig, gerade im Hinblick auf die Anmeldung von Bedarfen zur Betreuung und für Sozialleistungen.
- Arbeitserlaubnisse würden erteilt.
- Über die Registrierung in PHV sei sichergestellt, dass durch die Anwendung des Königsberger Schlüssels eine Verteilung der Geflüchteten auf Kommunen in ganz Baden-Württemberg erfolge.
- Die Verwaltung arbeite daran, eine Koordinierungsstelle aufzubauen, um behördliche Abläufe zu optimieren.
- Man habe alle Altersgruppen im Blick, beispielsweise Sprachkurse für Seniorinnen und Senioren oder Betreuungsplätze in Kitas durch Vergrößerung der Gruppenstärke.
- Die dezentralen Unterkünfte für Geflüchtete seien größtenteils belegt und werden selbstverständlich mit hoher Priorität aufgefüllt.

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kurzdebatte hat stattgefunden

Antrag Nr.: 0043/2022/AN

Abbildung des Antrages:

Gemeinsamer Antrag auf Kurzdebatte von CDU, Heidelberger und FDP

Heidelberg, 14.03.2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates am 17.03.2022 stellen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 24 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg folgenden Antrag auf Kurzdebatte:

Kurzdebatte Ukraine-Soforthilfen

Begründung:

Die Anteilnahme in der Bevölkerung mit dem ukrainischen Volk ist riesig und die Hilfsangebote zahlreich. Viele Heidelbergerinnen und Heidelberger fragen immer wieder bei uns nach, wie sie helfen können und was sie tun können.

Mit der Kurzdebatte möchten wir erreichen, dass wir gemeinsam erörtern können, was die Stadtgesellschaft tun kann, um zu helfen.

**gezeichnet CDU-Fraktion,
gezeichnet Fraktion „Die Heidelberger“,
gezeichnet Fraktion FDP**